



## Verein „Freie Apothekerschaft“ fordert Transparenz!

Von *Pressemitteilung*

Erstellt am 25 Sep 2012 - 11:53

Die Kalkulation der Krankenkassen bei den Rabattverträgen muss endlich offen gelegt werden. Das fordert der Verein „Freie Apothekerschaft“, vom Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung und den Bundesministerien für Gesundheit, Wirtschaft und Technologie sowie dem Finanz-Ministerium.

Die geballte Wut der Versicherten über Zuzahlungen für Arzneimittel und sich ständig ändernde Packungen entlädt sich in immer kürzeren Zeitabständen in den deutschen Apotheken. Besonders und gerade der Versicherte hat ein Recht auf Transparenz, so wie es etwa auch bei den Mitgliedern eines Vereins üblich ist.

Mittlerweile hat man den Eindruck, dass die Krankenkassen die Versicherten permanent übervorteilen. Das beginnt mit dem Zuschlag für einen Rabattvertragspartner und endet bei den Zuzahlungen für Arzneimittel. In den Apotheken werden teilweise drei Rabattvertragspartner angezeigt, für die Arzneimittel von zwei Firmen werden keine Zuzahlungen erhoben werden, bei einer Firma werden fünf bis zehn Euro fällig.

Warum wird überhaupt ein Vertragspartner gewählt, bei dem Zuzahlungen anfallen? Es sollte für die Versicherten klar verständlich und nachvollziehbar sein, warum ihre Krankenkasse von ihnen eine Zuzahlung von bis zu zehn Euro verlangen. Genauso müssen die Herstellerrabatte öffentlich zugänglich sein. Die Apotheken haften als an den Verträgen unbeteiligte Dritte für Zahlungsausfälle der Hersteller. Die Politik muss endlich und schnellstens das betreffende Gesetz ändern, damit die Haftung der Apotheken ausgeschlossen wird.

Im Jahr 2011 wurden von den Gesetzlichen Krankenkassen insgesamt rund fünf Milliarden Euro an Zuzahlungen eingenommen, davon entfallen knapp zwei Milliarden auf Arzneimittel. Beim derzeitigen Überschuss der Gesetzlichen Krankenkassen von mehr als 22 Milliarden Euro würden durch den Wegfall der Zuzahlungen nicht nur die Versicherten, sondern auch die Leistungserbringer entlastet. Für diese stellt das Inkasso bei den Patienten einen teuren bürokratischen Aufwand dar, der für die Krankenkassen – wieder einmal – kostenlos erbracht werden muss.

Wenn sich Krankenkassen, von der Politik gedeckt, an den Versicherten und den Leistungserbringern – besonders an den Apotheken – so maßlos bereichern, dass über 22 Milliarden (!!!) in den Krankenkassentöpfen schlummern, ist das ein politischer und gesellschaftlicher Skandal! Die Politik schaut diesem Treiben offenbar tatenlos zu. Ganz offensichtlich leisten unsere Volksvertreter kaum noch ordentliche Arbeit.

Besonders trifft dies auf die Mitglieder des Gesundheitsausschusses zu, welche die herrschende Intransparenz noch nicht einmal hinterfragen. So ist es nicht verwunderlich, dass die Mehrzahl der Versicherten annehmen, dass Politik und Krankenkassen unter einer Decke stecken und gegen das Wohl der Wähler und Versicherten arbeiten.

Wann erfährt die Öffentlichkeit eine sachgerechte Aufklärung über diese Missstände? Der Verein „Freie Apothekerschaft“ fordert auch von der ABDA, der so genannten Berufsvertretung der Apotheken, endlich gegenüber den Ministerien und den Krankenkassen deutlich zu werden und von den Abgeordneten entsprechendes Handeln und Aufklärung einzufordern.

Die „Freie Apothekerschaft“ ist vom 10. bis 13. Oktober mit einem Infostand auf der diesjährigen Expopharm (Halle B5 / Stand G-15) in München vertreten.

Für Rückfragen steht Ihnen Frau Dr. med. Gröschel unter Tel.: 07276/8578 oder per Mail unter [hgh@freie-apothekerschaft.de](mailto:hgh@freie-apothekerschaft.de) [1] zur Verfügung.

- [Gesundheit und Vorsorge](#)

**Quellen URL (aufgerufen am 31 Dez 2020 - 07:45):** <http://www.medkom24.eu/node/16811>

### Links:

[1] <mailto:hgh@freie-apothekerschaft.de>



## **Verein „Freie Apothekerschaft“ fordert Transparenz!**

Veröffentlicht auf medcom24 (<http://www.medkom24.eu>)

---